

Der »Faktor Mensch« in Koalitionsbildung und Regierungshandeln

Ralph Bollmann

Kaum jemand vermag so beredt zu schweigen wie Olaf Scholz. Fragte man den SPD-Spitzenkandidaten im beginnenden Bundestagswahlkampf 2021, ob er schon einmal in der Privatwohnung des FDP-Vorsitzenden Christian Lindner in Berlin-Schöneberg gewesen sei, sagte er erst einmal gar nichts. Aber die Art seines Schweigens, jenes spöttische Zucken um die Mundwinkel, das politische Konkurrenten als »schlumpfig« bezeichneten, beantwortete die Frage sehr klar. Inzwischen ist längst öffentlich bekannt, dass der heutige Bundeskanzler vor der Corona-Pandemie zu einer Feier im kleinen Kreis bei Lindner eingeladen war (Etzold et al. 2021).

Auch wenn gemeinsame Feierlichkeiten nicht alles sind, verliefen die Koalitionsverhandlungen reibungslos, nachdem die SPD am 26. September 2021 knapp stärkste Partei geworden war. Nicht einmal nach zwei Monaten präsentierten Scholz und Lindner, gemeinsam mit der Grünen-Spitze, das Ergebnis ihrer erstaunlich geräuschlosen Beratungen. Die Öffentlichkeit staunte, wie leicht diese lagerübergreifende Koalition mit den angeblich so weit voneinander entfernten Partnern zusammenfand. Kenner der Materie waren weniger überrascht.

1. Ein gut vorbereitetes Bündnis

Denn anders als andere von manchen erhoffte Koalitionsoptionen nach den Bundestagswahlen zuvor war dieses künftige Bündnis wirklich gut vorbereitet. Das lag vor allem am Faktor Mensch. Die wichtigsten Akteure, neben Scholz und Lindner vor allem der grüne Ko-Vorsitzende Robert Habeck, hatten sich auf mögliche Verhandlungen frühzeitig eingestellt. Das Motiv für

die Annäherung war freilich nicht Freundschaft und Zuneigung, sondern nüchternes Kalkül, was in der Politik ohnehin die verlässlichere Kooperationsbasis darstellt. So verschränkten sich strukturelle Fragen mit persönlichen Beziehungen; insofern lässt sich der uralte Streit in der Geschichtswissenschaft, ob nun Persönlichkeiten oder Strukturen den Lauf der Dinge bestimmen. Das berühmte Diktum des Historikers Heinrich von Treitschke, Männer (und Frauen, wie man hinzufügen muss) machten Geschichte, ist daher ebenso falsch wie die Gegenposition, die den Einfluss des Individuums negiert (Treitschke 1879, S. 28). Kaum jemand wusste das besser als die langjährige Kanzlerin Angela Merkel, die sich zu ihrem 50. Geburtstag von einem Hirnforscher die Grenzen des freien Willens erklären ließ.

Es hatte sich lange abgezeichnet, dass das politische Tableau nach dem Ausscheiden Merkels neu gemischt würde. Auch wenn die Strategen von Union und Grünen aufgrund günstiger Umfragen zwischenzeitlich auf ein Zweierbündnis spekulierten (mit wem auch immer an der Spitze): Es blieb doch stets eine Möglichkeit, dass bei geringfügigen demoskopischen Verschiebungen das Hinzuziehen eines dritten Partners nötig würde. Das sprach dafür, tragfähige persönliche Beziehungen zwischen Spitzenpolitikern von FDP und Grünen aufzubauen.

Dass ein SPD-Kanzler namens Olaf Scholz eine solche Koalition anführen würde, galt draußen im Lande aufgrund der Umfragewerte bis kurz vor der Wahl als absurde Vorstellung. Scholz selbst hingegen schien daran immer zu glauben, sonst wäre er nicht nach der Wahl von 2017 in die Hauptstadt gekommen, um gemeinsam mit seiner Vertrauten Andrea Nahles die Machtübernahme vorzubereiten. Und auch jenen Insidern des Berliner Betriebs, deren politische Auffassungsgabe über Kurzfrist-Betrachtungen hinausging, erschien die Idee keineswegs absurd. Schließlich war immer klar, dass nach Merkels Abschied die Karten neu gemischt würden – und dass ein Unionskandidat aufgrund der teils an Hass grenzenden weitverbreiteten Ablehnung in den eigenen Reihen viel größere Mühe haben würde als ein Bewerber aus dem rot-grünen Spektrum, sich für das unentschlossene Wahlvolk in die Kontinuität der populären Amtsinhaberin zu stellen.

Auf diese Konstellation galt es sich vorzubereiten. Und das taten Scholz und Lindner mit ihren Treffen, die im Gegensatz zu früheren Anbahnungsrunden und der legendären Pizza-Connection noch zu Zeiten der Bonner Republik tatsächlich vertraulich blieben. Beide wussten, dass sie um des politischen Selbsterhalts willen aufeinander angewiesen sein könnten. Bei

aller Selbstgewissheit glaubte Scholz nicht an ein Wahlergebnis, das ihm ein Regieren in einem traditionellen Lagerbündnis erlaubte, mehr noch: Ein Koalitionspartner FDP könnte ihm sogar recht sein, um Begehrlichkeiten in den eigenen Reihen zu zügeln. Umgekehrt war für Lindner klar, dass er eine mögliche Regierungsbeteiligung kein weiteres Mal ausschlagen konnte. Auch er sah die Vorteile eines Bündnisses mit der SPD, die ihm für den Lagerwechsel würde mehr anbieten müssen als eine CDU/CSU, die in den Freien Demokraten immer noch bloß ein selbstverständliches Anhängsel erkennen wollte.

So entstand eine Vernunft-Freundschaft zwischen Scholz, Lindner und Habeck, die sich nach der Bundestagswahl als überaus tragfähig erwies. Die drei zogen damit auch die Lehre aus dem Scheitern der Koalitions-Sondierungen zwischen Union, Grünen und FDP vier Jahre zuvor. So sehr der Faktor Mensch 2021 die Ampel begünstigte, so sehr hatte er 2017 die Jamaika-Verhandlungen behindert.

Denn zwischen den Unterhändlern von damals herrschte das gegenseitige Vertrauen nicht, im Gegenteil: Vor allem zwischen Lindner und der damaligen Bundeskanzlerin Merkel bestand eine tiefe Abneigung, die selbst bei – nicht vorhandenem – guten Willen kaum zu überbrücken war. Ihre Wurzeln reichten in die schwarz-gelbe Regierungszeit zwischen 2009 und 2013 zurück.

Lindner hatte nicht vergessen, wie Merkel und ihre Leute vom ersten Tag an gegen den wichtigsten Programmpunkt der FDP gearbeitet hatten: eine große Steuerreform, die aus Sicht der Union den politischen Bewegungsspielraum ungebührlich eingeschränkt hätte. Selbst Freunde des Wirtschaftsliberalismus in der CDU gönnten den Freien Demokraten damals nicht die Butter auf dem Brot, gerade weil sie die FDP-Wähler bloß als die Abtrünnigen aus den eigenen Reihen wahrnahmen. Dass sich Merkel schon aus der Opposition heraus mit dem damaligen FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle verbündet hatte, tat ein Übriges, schließlich sah Lindner in Westerwelle inzwischen so etwas wie den Totengräber der eigenen Partei.

Die Flüchtlingsdebatte des Herbstes 2015 vergrößerte den menschlichen Abstand zwischen Merkel und Lindner weiter, mehr noch: Sie machte daraus eine tiefe gegenseitige Abneigung. Nach anfänglichem Zögern entschloss sich Lindner zur Frontalattacke auf die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin; er spielte mit dem Ressentiment, ohne sich die Position der in Teilen rechtsextremistischen AfD unmittelbar zu eigen zu machen. Dafür gab es

erkennbar eine Klientel, und erst mit diesem Thema gelang – nach zarten Anfängen in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen – auch in den Flächenländern der Wiederaufstieg der FDP. Die Kanzlerin legte dem Parteichef dieses Agieren als Opportunismus aus, was zweifellos zutraf, auch wenn dies in der Politik nicht unbedingt einen ehrenrührigen Vorwurf darstellt.

Neben den politischen Inhalten spielten dabei aber auch Stil- und Altersfragen eine Rolle. Der damals erst 36 Jahre alte Lindner inszenierte sich als Vertreter einer neuen Politikergeneration, jenseits der konsensorientierten traditionellen Volksparteien. Als Rollenmodell galt der 29-jährige österreichische Außenminister Sebastian Kurz, der wenig später die alte Volkspartei in eine »Liste Kurz« verwandelte und in Metternichs Kanzleramt am Ballhausplatz einzog. Demonstrativ ließ sich Lindner Anfang 2017 in einem italienischen Restaurant mit dem fast gleichaltrigen CDU-Politiker Jens Spahn und dem zehn Jahre älteren christsozialen Verkehrsminister Alexander Dobrindt fotografieren (Neukirch et al. 2018).

Die Botschaft der Inszenierung war klar, sie richtete sich gegen die eine Generation ältere Konsenskanzlerin Merkel. Jünger, forscher, populistischer sollte das Mitte-Rechts-Lager auch in der Bundesrepublik auftreten, nicht zuletzt in Konkurrenz zur AfD, die freilich nur einen Teil ihrer Wähler aus dem früheren Reservoir von Union und FDP bezog. Merkel wurde nun, vom Lindner-Lager befeuert, immer häufiger mit der Frage konfrontiert, ob sie nicht längst zum alten Eisen gehörte. Dass die Kanzlerin selbst eine weitere Amtszeit eigentlich gar nicht angestrebt und sich nur unter dem Druck der weltpolitischen Krisen – Stichworte: Krim und vor allem Trump – zu einer weiteren Kandidatur entschlossen hatte, machte die Sache nicht besser: Für eine Schwäche attackiert zu werden, derer man sich selbst sehr bewusst ist, schmerzt doppelt – erst recht, wenn man sich in diese missliche Situation weniger aus Neigung denn aus Verantwortungsgefühl begeben hat.

Am deutlichsten beim Berliner Antrittsbesuch des neuen österreichischen Kanzlers im Januar 2018, als der FDP-Vorsitzende sie mit seinem Ausstieg aus den Jamaika-Verhandlungen an einen Tiefpunkt ihrer Karriere gebracht hatte: Ein Journalist fragte Merkel ganz offen, ob nicht auch Deutschland einen derart jungen und dynamischen Regierungschef brauche. »Irgendwann bemerkt man an sich selbst, dass man mit jedem Tag ein bisschen mehr in Richtung des Älteren hinübereitschleift. Das gehört einfach zum

Leben dazu«, entgegnete sie, drehte sich um und verließ mit einem »herzlichen Dank« die Pressekonferenz.¹

Die zur Schau getragene Nüchternheit verdeckte nur notdürftig den Ärger, den die Langzeitkanzlerin über den liberalen Jungstar und dessen Freunde in den Unionsparteien hegte. Daraus erklärte sich während der am Ende gescheiterten Jamaika-Verhandlungen ihre erstaunliche Passivität, über die sich sogar ihr engstes Umfeld zeitweise wunderte: Wohl von Anfang an habe der Kanzlerin der Glaube gefehlt, dass es Lindner wirklich ernst meinte, urteilten Vertraute im Rückblick. Umgekehrt zweifelte der FDP-Chef am Willen Merkels und ihres lange umworbenen grünen Wunschpartners, seiner Partei in einer möglichen Regierung – anders als im Laufe des letzten schwarz-gelben Bündnisses in der 17. Legislaturperiode geschehen – tatsächlich die nötige Luft zum Atmen zu lassen.

Natürlich ließen sich die nüchterne Kanzlerin, die auch mit erratisch auftretenden Potentaten kühl zu verhandeln vermochte, und der stets in Kategorien von Strategie und Marketing denkende FDP-Vorsitzende nicht allein von Gefühlen leiten. Es gab durchaus auch rationale Argumente, die gegen weitergehende Zugeständnisse sprachen. Gleichwohl bleibt das bald sprichwörtlich gewordene »Jamaika« eines der besten Beispiele für die Rolle, die der menschliche Faktor in der Politik spielt: Hier begegneten sich zwei Individuen, die sich nicht ausstehen konnten. Ein auf Jahre tragfähiges Bündnis zu schmieden, ist in den politisch volatilen und sehr herausfordernden Zeiten sowieso schon schwer genug. Das Fehlen einer persönlichen Grundlage macht es fast unmöglich.

Was im Verhältnis zwischen Merkel und Lindner wohl tatsächlich alternativlos war, um einen der Kanzlerin zugeschriebenen Ausdruck zu gebrauchen, wäre vier Jahre zuvor wohl vermeidbar gewesen. Nach der Wahl von 2013 unternahm die Kanzlerin einen heute fast vergessenen Versuch, mit den Grünen zu einem lagerübergreifenden und den eigenen Präferenzen entsprechenden Bündnis zu kommen. Dieser Anlauf scheiterte bereits früh, am Ende eines zweiten Sondierungsgesprächs, am Widerstand des linken Parteiflügels um den grünen Spitzenkandidaten und gerade zurückgetretenen Fraktionschef Jürgen Trittin. Merkel verbarg ihre Enttäuschung nicht.

1 Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem Bundeskanzler der Republik Österreich, Kurz, Berlin, 17. Januar 2018.

»Es gibt Situationen in der Geschichte, da ist eine Tür auf. Und die ist dann wieder zu«, sagte sie den grünen Unterhändlern zum Abschied.²

Schwarz-Grün-Befürworter gestanden hinterher im kleinen Kreis, zu spät verstanden zu haben, dass sie sich früher um Trittin hätten bemühen müssen. Ähnlich wie vier Jahre später scheiterte Merkel also auch hier mit ihren Koalitionsbemühungen, weil es am nötigen zwischenmenschlichen Vertrauen fehlte – mit dem Unterschied freilich, dass eine Verständigung mit Trittin nicht so aussichtslos erscheinen mochte wie mit ihrem Intimfeind Lindner. Die Kanzlerin lernte daraus, sie intensivierte ihre (durchaus vorhandenen) Kontakte ins grüne Lager. Sehr viel später ließ sie sich im Bundestag sogar mit der neuen Grünen-Vorsitzenden und späteren Außenministerin Annalena Baerbock fotografieren: ein Bild, das anlässlich von Baerbocks Nominierung zur Kanzlerkandidatin Anfang 2021 viele Zeitungen noch einmal druckten, ganz so, als salbe die langjährige Regierungschefin die junge Frau schon zu ihrer Wunschnachfolgerin.

2. Der menschliche Faktor in Parteien

Die Beziehungen zwischen Politikern unterschiedlicher Parteien stellen allerdings nur einen Teil des menschlichen Faktors in der Innenpolitik dar, und vermutlich sogar den am wenigsten komplizierten. Außerhalb der eigenen politischen Formation konkurrieren Staatsfrauen und -männer nicht unmittelbar um dieselben politischen Posten. Über die Zuteilung von Mandaten zwischen den Parteien entscheiden Wahlen, die sich in einer offenen Demokratie durch Intrigen und Hinterzimmer-Absprachen nur begrenzt beeinflussen lassen. Das mindert die Neigung, untereinander echte Feindschaften zu entwickeln. Bisweilen sind über Parteigrenzen hinweg sogar wirkliche Freundschaften möglich – allerdings nur, wenn die betreffenden Personen nicht in einem unmittelbaren politischen Kooperationsverhältnis stehen, etwa als Kanzler, Vizekanzler und Vizevizekanzler. Als Freunde würden sich etwa Olaf Scholz und Christian Lindner bei aller Kooperationsbereitschaft vermutlich nicht entscheiden.

2 So Wolfgang Schäuble im Gespräch mit Cem Özdemir bei »Anne Will«, ARD, 11. September 2017.

Seine volle zerstörerische Kraft kann der menschliche Faktor innerhalb von Parteien und Parteienfamilien entfalten. Ursprünglich galt das als eine besondere Spezialität des eher linken politischen Spektrums: Je mehr Idealismus im Spiel war, desto weniger schienen die Akteure geneigt, ihre persönlichen Überzeugungen hinter dem Ziel von Machtgewinn und Machterhalt zurückstehen zu lassen. Ganz besonders tat sich in dieser Disziplin die SPD hervor, die ihre drei früheren Bundeskanzler mehr oder weniger selbst zu Fall brachte. Dass Willy Brandt 1974 über einen Spionagefall im Kanzleramt tatsächlich stürzte, hing auch mit dem Agieren des Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner zusammen. Helmut Schmidt hingegen verlor seine innerparteiliche Machtbasis nicht erst, als SPD-Chef Brandt für alle sichtbar von seiner Sicherheitspolitik und dem NATO-Doppelbeschluss abbrückte: Diesmal war es schon eine breitere Bewegung in der Partei, die sich vom Kanzler zunehmend entfremdete.

Noch größer erschien am Ende die Kluft, die Mitte der 2000er Jahre den sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder von großen Teilen seiner Parteibasis trennte. Das Reformprogramm mit dem Namen »Agenda 2010«, vor allem der Wegfall der zeitlich unbefristeten, statussichernden Arbeitslosenhilfe, galt vielen SPD-Mitgliedern als Verrat an den Zielen der eigenen Partei. Dass der Regierungschef die Kürzungsprogramme nicht als bittere Notwendigkeit darstellte, sondern als Verheißung einer besseren Zukunft pries, ließ den Widerstand nicht etwa schwinden, es steigerte ihn sogar noch. Schließlich genoss Schröder, der zu Beginn seiner Amtszeit in teuren Anzügen posierte und stets die Nähe zu Wirtschaftsführern besonders traditionellen Zuschnitts pflegte, bald den Ruf, sich um die Interessen der sogenannten kleinen Leute ohnehin nicht besonders zu scheren.

Besonders schwer wog aber, dass es einer aus den eigenen Reihen war, der hier die Ideale der eigenen Partei konterkarierte. Kaum etwas kann die politischen Leidenschaften, kann den persönlichen Hass so sehr entfachen wie das Motiv des – tatsächlichen oder vermeintlichen – Verräters aus den eigenen Reihen. In Schröders Fall kam erschwerend hinzu, dass er am Ende aus einem verletzten persönlichen Ehrgefühl die Interessen der eigenen Partei tatsächlich verriet. Während Schmidt 1982 noch im Kanzleramt ausgeharrt hatte, bis ihn Helmut Kohl durch ein konstruktives Misstrauensvotum stürzte, brach Schröder die Neuwahlen lieber gleich selbst vom Zaun, die unter den gegebenen Umständen zum Machtverlust der SPD führen mussten – wenn auch am Ende knapper als erwartet. Ebenfalls von einer politischen

Feindschaft unterlegt waren die langfristigen Folgen im Parteienspektrum, mit denen insbesondere die SPD zu kämpfen hatte: Der ehemalige SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, 1999 in der rot-grünen Frühzeit schmolgend zurückgetreten, wechselte 2005 mit der gegründeten Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (WASG) in die Bundespolitik zurück.

Nach der Bundestagswahl 2005 war die Bühne frei für eine weitere Folge desselben Dramas, nur diesmal unter seitenverkehrten politischen Vorzeichen. Angela Merkel hieß die Frau, die nun dem Wüten des Verräter-Komplexes aus den eigenen Reihen ausgesetzt war. Im Gegensatz zu Schröder besaß sie noch nicht einmal den Stallgeruch derjenigen, die sich seit jungen Jahren aus der Jugendorganisation hochgekämpft hatte bis in politische Spitzenpositionen. Sie war nach ihrem Eintritt in die Bundespolitik im fortgeschrittenen Alter von 35 Jahren sofort in die Regierung aufgestiegen. Spätestens mit ihrer Wahl zur Parteichefin nach der Spendenaffäre störte sie die Kreise jener männlichen westdeutschen Berufspolitiker, die eigentlich die Zukunft der Partei schon unter sich aufgeteilt hatten.

Darüber, wer von ihnen im Fall der Fälle das Amt des CDU-Vorsitzenden und Regierungschefs übernehmen würde, waren die inzwischen nicht mehr ganz so jungen Nachwuchspolitiker von Roland Koch bis Christian Wulff keineswegs einig. Das spielte aber in dem Moment keine Rolle mehr, in dem sie ihren Überschuss an negativen Emotionen auf die Frau aus dem Osten fokussieren konnten, die ihre Kreise so überraschend störte. Zunächst nahmen sie noch an, Merkel werde als eine Art Trümmerfrau die nötigen Aufräumarbeiten nach der tiefsten Krise der Parteigeschichte übernehmen und das Feld danach still und leise wieder räumen.

Zu harten Konflikten kam es erst, als die Widersacher ihren Irrtum erkannten, sprich: als die Parteivorsitzende tat, was alle ihre Vorgänger genauso getan hatten. Sie versuchte, nach der Kandidatur fürs Kanzleramt zu greifen. Es gehörte zu den größten Niederlagen des Hessen Roland Koch, dass er persönlich intervenieren musste, um ein solches Missgeschick zu verhindern. Als »Schreitefonat« ging das Gespräch in die Parteigeschichte ein, das Merkel und Koch Anfang Januar 2002 über dieses Thema führten.³ Um ganz sicher zu gehen, unterbrach der Ministerpräsident anders als geplant sogar seinen Winterurlaub, um auf der entscheidenden Führungsklausur im Magdeburger Hotel Herrenkrug zu erscheinen.

3 Zum Inhalt des Telefonats siehe Zastrow 2018.

Das wäre zu diesem Zeitpunkt eigentlich gar nicht nötig gewesen, denn im letzten Moment war die CDU-Chefin in einem Charterflugzeug nach München geflogen und von dort weiter nach Wolfratshausen geeilt, um dort ihrem CSU-Kollegen Edmund Stoiber die Bewerbung um das Amt des Regierungschefs anzutragen. Ihre innerparteilichen Rivalen unterschätzten, dass sie sich damit – zumindest vorübergehend – einen neuen Verbündeten schuf: Stoiber brauchte die Vorsitzende der Schwesterpartei, um den Wahlkampf führen zu können, und Merkel war klug genug, ihm dabei loyal zur Seite zu stehen.

Zumindest vorübergehend entstand so etwas wie ein Vertrauensverhältnis, aber das hätte es für den nächsten logischen Schritt vielleicht gar nicht gebraucht: Selbstverständlich musste Merkel nach der verlorenen Wahl zusätzlich das Amt der Fraktionsvorsitzenden beanspruchen, um die Kräfte der Union in der Opposition zu bündeln, die Chancen für den nächsten Urnengang zu verbessern und aus der ihr zugeschriebenen Rolle einer Parteivorsitzenden für den Übergang herauszutreten. Eine Absprache von langer Hand, wie manche unter Merkels erbitterten Gegnern mutmaßten, hatte es darüber wohl nicht gegeben. Schließlich setzten die Unionsparteien lange auf Sieg, und in einem solchen Fall wäre der amtierende Fraktionschef Friedrich Merz ohnehin ins Bundeskabinett gewechselt.

Das führte freilich zu einer Konstellation, in der nun der Faktor Mensch so deutlich zum Ausdruck kam wie selten sonst in der deutschen Politik. Friedrich Merz, für lange Zeit wohl eine der am stärksten von Emotionen getriebenen Figuren der deutschen Parteiengeschichte, hatte diese Logik weder präjudiziert, noch konnte er sie im Nachhinein nachvollziehen. Aus seiner Sicht blieb Merkel die hinterhältige Intrigantin, die ihn durch Geheimabsprachen mit Stoiber aus der ihm zustehenden Position an der Spitze der Unionsabgeordneten vertrieben hatte. Eine Weile hielt er noch durch, aber schließlich legte er – bewusst in einem für Merkel ungünstigen Moment – auch die neue Position als Fraktionsvize nieder, um schließlich gar nicht mehr fürs Parlament zu kandidieren.

Die persönliche Animosität zwischen Merkel und Merz bleibt trotzdem ein strukturierendes Merkmal für die Konfliktlinien innerhalb der CDU. Der Rivale aus dem Sauerland hatte nicht mit der Politik abgeschlossen, er lauerte weiterhin auf seine Chance – auch wenn er irgendwann einsah, dass sein Comeback erst in der Ära nach Merkel gelingen könne. Derweil verfolgte er auch als vermeintlicher Polit-Aussteiger das Agieren der Kanzlerin

genau, überlegte stets, wie er selbst es anders und selbstverständlich besser gemacht hätte. Kaum begannen Merkels politische Kräfte in der vierten Amtszeit zu schwinden, waberten sogleich Gerüchte, Merz könne ihr den Parteivorsitz entwenden und ein so vorzeitiges wie unrühmliches Ende erzwingen.

Merkel kam einem offenen Duell zuvor, indem sie nach erheblichen Stimmenverlusten der CDU auf Länderebene im Herbst 2018 bekanntgab, ihr lange gehegtes Credo von der nötigen Einheit zwischen Parteivorsitz und Kanzleramt aufzugeben und sich nicht ein weiteres Mal um die Führung der Partei zu bewerben.⁴ Sie unterstützte die Kandidatur von Annegret Kramp-Karrenbauer, die sie schon nach der zurückliegenden Bundestagswahl auf den Posten der CDU-Generalsekretärin gebracht und damit ein Stück weit als mögliche Nachfolgerin aufgebaut hatte.

Merkel kam es indes nicht so sehr darauf an, wer Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur am Ende übernehmen würde; schließlich gab es dafür eine Reihe von geeigneten Personen, mit Bezug auf das Amt des Regierungschefs übrigens nicht nur in der eigenen Partei. Wichtiger war, wer es nicht werden sollte: Friedrich Merz. Eine Wahl zu diesem frühen Zeitpunkt, zu dem noch eine Restlaufzeit von drei Jahren vor Merkel lag, hätte nicht nur ein Dementi ihrer gesamten Amtszeit bedeutet, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit auch einen vorzeitigen und unrühmlichen Auszug aus dem Kanzleramt. Die Erleichterung von Merkels Getreuen, als Merz die Mehrheit auf dem Hamburger Parteitag im Dezember 2018 knapp verfehlte, sprach Bände.

Trotzdem erreichte der Widersacher zweimal, in Hamburg Ende 2018 und auf einem virtuellen Parteitag Anfang 2021, fast die Hälfte der Stimmen. Auch das hatte mit menschlichen Motiven zu tun: Die Art und Weise, wie sich Merz seit dem fernen Jahr 2002 als Merkels Opfer inszenierte, führte ihm die Kritiker der Kanzlerin fast automatisch zu – all jene also, die in ihr schon immer und verstärkt seit der Flüchtlingsdebatte von 2015 die Verräterin angeblicher konservativer Prinzipien sahen. Ein weiteres Verräter-Motiv kam besonders in Ostdeutschland hinzu: Da Merkel selbst in der damaligen DDR geboren war, hielt sie ihren Landsleuten gewissermaßen den Spiegel vor, galt sie als Überläuferin in den Westen. Dieser Gefahr sah sich ein Politiker nordrhein-westfälischer Herkunft nicht ausgesetzt.

4 Über eine mögliche Merz-Kandidatur berichtete als erster Braun (2018).

Rationalität war dabei nicht im Spiel, schließlich hätte es bei genauerem Hinsehen aus der Perspektive ostdeutscher CDU-Funktionäre auch an Merz einiges auszusetzen gegeben, ob es nun seine strikte Abgrenzung von der AfD war, sein zwischenzeitliches Anschmiegen an die Grünen oder seine Aufsichtsratsstätigkeit bei Finanzunternehmen, die zwischen Rügen und Suhl nicht die größte Popularität genießen. Aber es ging hier nicht um Argumente, es ging um die Art des Auftritts, um das klassische Rollenmodell eines Politikers, der das hergebrachte Bild männlicher Entschlossenheit verkörpert.

Diese Diskrepanz zeigte sich noch deutlicher an der Person des CSU-Vorsitzenden Markus Söder. Seit er mit dem Versuch, rechtspopulistische Positionen zu kopieren und Merkel bei dem Thema auch persönlich zu attackieren, bei der bayerischen Landtagswahl 2018 Schiffbruch erlitten hatte, steuerte er nun mit derselben Entschlossenheit in die entgegengesetzte Richtung. Das galt nicht nur für die neu erwachte Liebe zu Weltoffenheit und Multilateralismus, sondern mehr noch für die Umweltpolitik: Spätestens seit dem erfolgreichen bayerischen Volksbegehren für den Bienen-schutz hatte Söder verstanden, dass sich die CSU hier keine offene Flanke leisten könnte.

Den symbolischen Höhepunkt seiner Versöhnung mit der populären Kanzlerin bildete eine Sitzung des bayerischen Kabinetts mit Merkel im prunkvollen Spiegelsaal von Schloss Herrenchiemsee. Ein Triumph war das vor allem für Merkel, die schon als stellvertretende Regierungssprecherin der DDR ihre ersten Konflikte mit der CSU ausgefochten hatte. Und eine Niederlage stellte es nicht für Söder dar, sondern für dessen Vorgänger Horst Seehofer, der sich mittlerweile ins Austragshäusel des Berliner Innenministeriums zurückgezogen hatte. Merkel-Seehofer: Das war neben Merkel-Merz die zweite Paarung, die den menschlichen Faktor in seiner destruktiven Form zur Geltung brachte. Dass Seehofer trotz erkennbarer Ambitionslosigkeit bis zum Schluss am Ministeramt festhielt, war nicht zuletzt dem eisernen Willen geschuldet, keinen Tag früher als die Rivalin das politische Feld zu räumen.

Söders neue politische Standpunkte waren in den Merkel kritisch gegenüberstehenden ostdeutschen CDU-Landesverbänden keineswegs populär. Trotzdem erfuhr Söder dort große Unterstützung für sein Streben nach der Kanzlerkandidatur der Unionsparteien. Das war noch viel mehr als im Fall von Merz allein der habituellen Komponente geschuldet, der Sehnsucht

nach dem starken Mann. Als sich der Bayer dann trotzdem nicht durchsetzen konnte, steckte er keineswegs zurück: Er tat alles, was er konnte, um den gemeinsamen Wahlkampf der Unionsparteien zu sabotieren.

Als nicht zuletzt deshalb die Kampagne des eher halbherzig installierten Bewerbers Armin Laschet scheiterte, war die Bahn nun doch frei für Friedrich Merz. Der Triumph blieb aber begrenzt, weil er von der Dauerkanzlerin nun nicht mehr das Amt des Regierungschefs erbte, sondern fürs Erste nur noch die Oppositionsführerschaft übernehmen konnte. Im Amt des Bundeskanzlers folgte der 16-Jahre-Kanzlerin der Sozialdemokrat Olaf Scholz, der die Machtübernahme nicht nur durch diskrete Kontaktabahnung mit den potenziellen Koalitionspartnern vorbereitet hatte, sondern auch durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Merkel während seiner knapp vier Jahre als Vizekanzler. »Man hat Merkel oft vorgeworfen, sie habe es versäumt, einen Nachfolger aufzubauen«, schrieb die Süddeutsche Zeitung dazu nur halb ironisch. »Aber vielleicht stimmt das gar nicht.« (Fried 2021)

3. Der menschliche Faktor auf der internationalen Bühne

Ein Ausdruck der vertrauensvollen Zusammenarbeit waren die in dieser Form bisher einmalige Hilfestellung, die die Vorgängerin ihrem Nachfolger gewährte. Dazu zählte zweifellos die Art und Weise, wie die Christdemokratin den Sozialdemokraten auf internationaler Bühne einführte. Auf dem römischen G7-Gipfel vom Herbst 2021, also noch vor der offiziellen Amtsübergabe, präsentierte Merkel den Neuen schon ihren Amtskollegen, allen voran Joe Biden aus den Vereinigten Staaten und Emmanuel Macron aus Frankreich. Auch durch sein Amt als Finanzminister hatte Scholz bereits Erfahrungen auf internationaler Bühne sammeln können.

Im Ganzen jedoch zählt die Zusammenarbeit mit den anderen Staats- und Regierungschefs zu den Aufgaben, auf die sich ein neuer Bundeskanzler schlecht in Trockenübungen vorbereiten kann; von Geburtstags-Einladungen in andere Hauptstädte ist jedenfalls nichts bekannt, mehr noch: Als Scholz Mitte 2021 in seiner Funktion als Finanzminister nach Washington flog, um Gespräche über eine globale Mindestbesteuerung für Unternehmen zu führen, bekam der Vizekanzler nicht einmal einen Termin bei der US-Vizepräsidentin, die sich aus dem deutschen Wahlkampf lieber heraushalten wollte.

Das wog bei Scholz umso schwerer, als er schon zweieinhalb Monate nach Amtsantritt eine internationale Krise beispiellosen Ausmaßes zu bewältigen hatte, den vom russischen Präsidenten Wladimir Putin angeordneten Überfall auf die Ukraine. Selten war es so sehr darauf angekommen, dass die Spitzenpolitiker der freien Welt zusammenfanden, aber selten hat es auch – nach Anfangsschwierigkeiten und unter einem großen äußeren Druck – so reibungslos funktioniert. Bisweilen können Krisen einem Amtseinstieg mit begrenzten persönlichen Bekanntschaften auf internationaler Bühne sogar helfen, in seine außenpolitische Rolle hineinzuwachsen. Auch Merkel machte diese Erfahrung.

Oft ist hervorgehoben worden, dass der menschliche Faktor in der internationalen Politik sogar eine größere Rolle spiele, weil der innenpolitische Kitt von Parteibindung, Seilschaften, Koalitionsdisziplin fehlt. Am intensivsten hatte das nach verbreitetem Urteil der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl vorgelebt, der seine Amtskollegen im Deidesheimer Hof zu Spezialitäten wie Saumagen und Pfälzer Spitzenriesling einlud oder sich mit ihnen mit Strickjacke im Kaukasus traf.⁵ So schuf er belastbare Beziehungen zum älteren George Bush in den Vereinigten Staaten, zum letzten KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow in der Sowjetunion oder – über Parteigrenzen hinweg – zum sozialistischen Präsidenten François Mitterrand in Frankreich, ganz so, wie sich der Sozialdemokrat Helmut Schmidt zuvor mit dem Konservativen Valéry Giscard d'Estaing verstand. Das habe die Verhandlungen über die deutsche Einheit zumindest erleichtert, wenn nicht überhaupt erst möglich gemacht, so das verbreitete Urteil (Schwarz 2012).

Die Frage ist, ob das in dieser zugespitzten Form überhaupt stimmt. Jedenfalls gestaltete sich das Verhältnis zu all diesen Politikern nicht von Anfang an so herzlich. Gorbatschows Ankündigungen zu Wandel und Offenheit betrachtete er anfangs als reine PR-Masche, die er sogar mit Methoden des Nationalsozialismus verglich. »Er ist ein moderner kommunistischer Führer, der sich auf Public Relations versteht«, sagte er in einem Interview mit dem US-Nachrichtenmagazin Newsweek über den KP-Generalsekretär. »Goebbels, einer von jenen, die für die Verbrechen der Hitler-Ära verantwortlich waren, war auch ein Experte in Public Relations.« (Newsweek 1986) Der Satz war umso erstaunlicher für einen Mann, der aus tief empfundenem Geschichtsbewusstsein auf die europäische Einheit drängte und das wieder-

5 Zum Thema Wein und Politik siehe Bergmann (2018).

vereinigte Deutschland schon aus Misstrauen gegenüber seinen Landsleuten fest in die Brüsseler Ordnung einbinden wollte: Das war das Thema, das der engen Kooperation mit Mitterrand nach anfänglichem Misstrauen den Weg bahnte.

Merkel ging die Sache auch auf internationaler Ebene nüchterner an, was ihr innerparteiliche Gegner ankreideten: Die Kanzlerin habe ja nicht mal in der Weltpolitik echte Freunde, tuschelten ihre Kontrahenten gern in Hintergrundgesprächen. Das mochte in einem gewissen Maße sogar stimmen, aber vor allem deshalb, weil solche Freundschaften nicht dem Politikverständnis der Pragmatikerin entsprachen. Am ehesten suchte sie anfangs in den USA die Nähe zum jüngeren George W. Bush, das war aber weniger persönlichen Sympathien geschuldet als ihrem anfänglichen Plädoyer für den Überfall auf den Irak und ihrer großen Bewunderung für die Vereinigten Staaten.

Andere Beziehungen entwickelten sich eher langsam und nach anfänglichen Irritationen. Das galt vor allem für Merkels Zusammenarbeit mit dem US-Präsidenten Barack Obama in den Jahren zwischen 2009 und 2017. Anfangs hielt sie den mitreißenden Redner für einen Schaumschläger, dessen große Ankündigungen schon bald an der Realität zerschellen würden – und der sich aufgrund seiner pazifischen Prägung wenig für das alte Europa interessieren würde. Damit lag sie noch nicht einmal ganz falsch, doch der Zwang der Verhältnisse brachte die beiden in Obamas zweiter Amtszeit eng zusammen, spätestens seit der russisch-ukrainischen Krise von 2014. Als Obama sein Amt schließlich dem Rechtspopulisten Donald Trump übergeben musste, pries er seine Freundin Angela gar als die neue Anführerin der freien Welt.

So gilt in der Weltpolitik wie auf der nationalen Bühne, dass sich der Freundschaftsbegriff nicht einfach von der privaten auf die politische Ebene übertragen lässt: Es geht hier weniger um persönliche Zuneigung als um die Einsicht in die Notwendigkeit. Dass vor allem Lindner nicht müde wird, das gemeinsame Regieren mit SPD und Grünen als eine reine Vernunfttatsache erscheinen zu lassen, mag auch den Schwarz-Gelb-Befürwortern unter den eigenen Wählern geschuldet sein – es trifft aber die Sache durchaus. Vermintlich private Einladungen, die es im politisch-journalistischen Milieu der Hauptstadt ohnehin kaum gibt, ändern nichts am nüchternen Kalkül, das der Sache stets beigemischt ist. Sein destruktives Potenzial mag der

menschliche Faktor, in Form von persönlichen Feindschaften, oft genug von selbst entfalten. Soll er positiv wirken, bedarf es harter Arbeit.

Literatur

- Alexander, Robin (2021). *Machtverfall. Merkels Ende und das Drama der deutschen Politik*, München: Siedler
- Bergmann, Knut (2018). *Mit Wein Staat machen. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Insel
- Bollmann, Ralph (2021). *Angela Merkel. Die Kanzlerin und ihre Zeit*, München: C.H. Beck
- Braun, Stefan (2018). Warum die Union jetzt einen Friedrich Merz bräuchte. In: sueddeutsche.de, 11. Oktober 2018 <https://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-merkel-zukunft-1.4164657> (letzter Aufruf: 15. März 2022)
- Etzold, Marc, Andreas Grosse-Halbuer und Marcel Wollscheid (2021). Die Aufscholzburg. In: Focus, 3. Juli 2021
- Fried, Nico (2021). Nach Ihnen, bitte. In: Süddeutsche Zeitung, 4. Dezember 2021
- Neukirch. Ralf, René Pfister und Christoph Schult (2018). Vorwärts ins Gestern. In: Der Spiegel Nr. 3/2018
- Newsweek [o.V.] (1986). Kohl to Reagan: Ron, be patient. In: Newsweek, 27. Oktober 1986
- Schwarz, Hans-Peter (2012), *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*, München: dva
- Treitschke, Heinrich von (1879). *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert*, Leipzig: Hirzel
- Zastrow, Volker (2018). Die Geschichte von Merkel und Merz. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 2. Dezember 2018

